



Presseinformation – 129/2/2016

24.02.2016
Seite 1 von 2

Sperrfrist: 24. Februar 2016, 15.00 Uhr

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

Ministerin Löhrmann: Wir stärken die Demokratiebildung an Schulen – EU setzt mit gemeinsamen Zielen ein Zeichen

presse@stk.nrw.de
www.land.nrw

EU-Bildungsministertreffen in Brüssel

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung teilt mit:

NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann hat als Bundesratsbeauftragte am Treffen des EU-Bildungsministerrats in Brüssel teilgenommen. Im Mittelpunkt stand ein Erfahrungsaustausch über die Umsetzung der „Pariser Erklärung“ vom 17. März 2015. Auf Initiative der französischen Bildungsministerin Najat Vallaud-Belkacem hatten sich die EU-Bildungsministerinnen und -minister in dieser Erklärung auf gemeinsame Ziele zur Stärkung von politischer Bildung und Vermittlung demokratischer Werte verständigt.

Schulministerin Löhrmann betonte vor den EU-Bildungsministerinnen und -ministern, dass die integrationspolitische Dimension von Bildung heute mehr denn je aktuell ist. „Wir wollen die Menschen, die in den Ländern Europas Schutz und Zuflucht suchen, in einer offenen Gesellschaft empfangen. Vorfälle, in denen Diskriminierung und Verachtung in erschreckender Weise zum Ausdruck kommen, zeigen: Demokratische Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Respekt müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen stets aufs neue überzeugend vermittelt, gelebt und geschützt werden. Der Demokratiebildung an Schulen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.“

Die EU-Bildungsministerinnen und -minister erörterten anhand drei zentraler Themen, wie die Länder die „Pariser Erklärung“ umsetzen:

- Die politische Bildung mit dem Ziel, Schülerinnen und Schüler in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen und sie darin zu bestärken, als aktive Mitglieder an einer demokratischen Gesellschaft teilzuhaben und Diversität mit offenem Geist zu begegnen;

- Die Lehrerbildung mit Fokus auf die Befähigung der Lehrkräfte, mit Vielfalt in der Schülerschaft umzugehen und alle Kinder und Jugendliche individuell zu fördern;
- Die Förderung von Medienkompetenzen, um Schülerinnen und Schüler zu einem kritischen, reflektierten Umgang mit veröffentlichten Meinungen und mit sozialen Medien zu befähigen.

Bei dem Treffen stellten die Ministerinnen und Minister einige konkrete Maßnahmen aus ihren Ländern vor.

Ministerin Löhrmann: „Das Einüben demokratischer Kompetenzen und auch die Extremismusprävention ist fächerübergreifend eine der Kernaufgaben von Schulen. Viele Schulen in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland sind sehr engagiert und füllen Demokratiepädagogik mit Leben, sei es durch Projekte im und außerhalb des Unterrichts oder durch Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler an ihrer Schule. In dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sind allein in NRW rund 500 Schulen aktiv. In der Lehrerfortbildung sind die Bereiche Prävention, Demokratiegestaltung und Förderung von Vielfalt feste Bestandteile. Durch unsere Zusammenarbeit und unsere gemeinsamen Ziele auf europäischer Ebene wollen wir die Demokratiebildung an unseren Schulen fördern, Schüleraustauschprogramme weiter stärken und ein Zeichen für gegenseitige Akzeptanz, Respekt und Interkulturalität setzen.“

Ministerin Löhrmann ist Beauftragte im EU-Ministerrat für Bildung als Vertreterin für die Bundesländer. Die „Pariser Erklärung“ war auf Initiative der französischen Bildungsministerin nach den Anschlägen auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ verabschiedet worden.

Die Erklärung finden Sie unter:

http://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Presse/Pressemitteilungen/2015_16_LegPer/PM20150317/Erklaerung-EU-Ministerrat-DE.pdf

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, Telefon 0211 5867-3505.

Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung <http://www.land.nrw>